

Kurzbericht

Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ (5. - öffentliche - Sitzung am 18. November 2020)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung der Landesregierung (Kultusministerium) in Ergänzung der bereits mit Datum vom 3. November 2020 übersandten schriftlichen Unterrichtung sowie zu dem Aspekt “Kommunalpolitische Bildung an Schulen - Politik zum Anfassen“**

Die Enquetekommission nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Kommunalpolitische Bildung an Schulen - Politik zum Anfassen**

Die Enquetekommission führte zu dem Punkt eine Anhörung durch. Angehört wurde

- die Landeszentrale für politische Bildung

Die Enquetekommission verständigte sich darauf

- den VNL/VDR Verband Niedersächsischer Lehrer,
- die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Niedersachsen sowie
- den Niedersächsischen Philologenverband,

die ebenfalls zu der Anhörung eingeladen worden waren, jedoch verhindert waren bzw. für die heutige Sitzung abgesagt hatten, um schriftliche Stellungnahmen zu bitten.

3. **Anmerkungen der wissenschaftlichen Begleitung**

Die Kommission besprach auf der Grundlage eines von der wissenschaftlichen Begleitung vorgelegten Entwurfs die weitere Zeitplanung. Sie verständigte sich darauf, den vorgeschlagenen Zeitplan zu modifizieren.

4. **Zusammenfassung der Ergebnisse**

Die Kommission sah im Zusammenhang mit der kommunalpolitischen Bildung folgende Handlungsansätze:

- Notwendigkeit klarerer Kerncurricula,
- Bedeutung der größeren Erlebbarkeit des Politikunterrichts,
- Kommunikationsmängel zwischen Initiativen, Programmen und Trägern,
- Bedeutsamkeit von Digitalisierungsansätzen,
- Bedeutung einer ausgeprägten Anerkennungskultur,
- Bedeutung von Vernetzung und Netzwerken,
- Bedeutung der Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Bildung,
- Verbesserung des Zugangs bislang unterrepräsentierter Gruppen zur ehrenamtlichen Arbeit,
- Verbindung von Beteiligung, politischer Mitsprache und politischer Bildung.

Der modifizierte Zeitplan sowie ein Entwurf des Onlinefragebogens sollen in der kommenden Sitzung erörtert werden.